



Handelskammer und  
Arbeitgeberverband  
Graubünden

Camera di commercio  
e Associazione degli  
imprenditori del Grigioni

Chombra da commerzi  
ed associaziun dalla  
patriina dal Grischun

## HK-News V/2014

### IN EIGENER SACHE

#### 1. Generalversammlung vom 6. November 2014

Die diesjährige Generalversammlung der Handelskammer findet statt am 6. November 2014 im Eventzelt FIUTSCHER, Stadthalle, Weststrasse 5, 7000 Chur. Die Einladung dazu samt Jahresbericht haben Sie per Post erhalten.

Im Mittelpunkt der Generalversammlung steht die PULS-Veranstaltung mit einem Referat von Herrn Heinz Karrer, Präsident economiesuisse, zum Thema „Erfolgsmodell Schweiz - Quo vadis?“

Im Anschluss laden wir Sie zum Wirtschafts-Apéro ein.

[Einladung zur PULS-Veranstaltung samt Anmeldetalon](#)

### PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 30. NOVEMBER 2014

#### 2. Ecopop-Initiative: NEIN

Die Initiative "Stopp der Überbevölkerung - Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" verfolgt zwei Ziele. Einerseits will sie in der Schweiz eine starre Zuwanderungsquote einführen. Netto dürften nur noch maximal 16'000 Zuwanderer pro Jahr ins Land kommen - dazu zählen auch Grenzgänger, Asylsuchende, Angeheiratete oder zurückkehrende Auslandschweizer. Internationale Verträge wie das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, die dem Initiativtext widersprechen, sollen innerhalb von 4 Jahren neu ausgehandelt oder gekündigt werden. Dadurch würde die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz abgewürgt. Die Überalterung der Gesellschaft hat nämlich zur Folge, dass Jahr für Jahr mehr Menschen in Pension gehen als jüngere Generationen nachrücken. Diese Lücke wird bis 2030 immer grösser und kann ohne ausländische Fachkräfte gar nicht mehr gefüllt werden. Eine Initiative, die diese Möglichkeit krass einschränkt, setzt den Wohlstand der Schweiz fahrlässig aufs Spiel.

Das zweite Ziel der Initiative betrifft die Entwicklungshilfe: 10% des Gesamtbudgets des Bundes sollen zwingend für Massnahmen der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden, um die Geburtenrate weltweit zu senken. Konkret müsste die Schweiz jedes Jahr über CHF 200 Mio. für das Verteilen von Verhütungsmitteln und Aufklärungskurse bereitstellen. Dieses Geld würde selbstverständlich für sinnvolle Entwicklungshilfemassnahmen fehlen wie die Bildung oder die Gleichstellung von Mann und Frau vor Ort. Die Ecopop-Initiative ist absurd!

#### 3. Gold-Initiative: NEIN

Seit September 2011 verteidigt die Schweizerische Nationalbank (SNB) erfolgreich die Kursuntergrenze von CHF 1.20 zum Euro. Dies gab den Unternehmen die dringend notwendige Planungssicherheit und war nur möglich, weil die Nationalbank rasch, konsequent und unabhängig handeln konnte. Mit starren Regeln wie sie die Gold-Initiative verlangt, wäre eine solche erfolgreiche Geldpolitik kaum mehr möglich. Die Initiative verlangt, dass die SNB jederzeit Goldreserven in der Höhe von mindestens 20% ihres Bilanzvolumens halten muss und diese nie mehr verkaufen darf. Wäre diese Initiative schon vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 in Kraft gewesen, hätte die SNB für fast CHF 70 Mia. Gold kaufen müssen. Gerade wenn geldpolitisch entschlossenes Eingreifen gefordert wäre, würde sich die Initiative als enormes Hindernis erweisen. Da hinzugekauft Gold nicht mehr verkauft werden dürfte, würde Gol! d nicht nur zum Klumpenrisiko, sondern es wäre der SNB faktisch nicht mehr möglich, ihre Geldpolitik zu normalisieren. Unter diesem Regime hätte die SNB wohl nie zum Instrument der Wechselkursuntergrenze gegriffen. Mit ihrem entschiedenen Eingreifen hat die SNB indessen grossen Schaden von der Exportwirtschaft abgewendet. Nur mit einem NEIN zur Gold-Initiative wird die Unabhängigkeit der Nationalbank gesichert und eine Geldpolitik im Interesse von Unternehmen und Arbeitsplätzen ermöglicht.

#### 4. Abschaffung der Pauschalbesteuerung: NEIN

Die Ermittlung des weltweiten Einkommens pauschalbesteuelter Personen ist für schweizerische Steuerbehörden äusserst schwierig. Deshalb wird Pauschalbesteuerten ermöglicht, die Steuer statt auf dem Einkommen aufgrund ihrer jährlichen Lebenshaltungskosten zu erheben. Ab 2016 werden voraussichtlich über CHF 1 Mia. Pauschalsteuern bezahlt, durchschnittlich CHF 124'000.00 pro Person und damit 15mal mehr als der Durchschnitt der Schweizer Steuerzahler. In Graubünden belaufen sich die Einnahmen aus Pauschalsteuern derzeit auf CHF 20 Mio. Die ökonomische Bedeutung der Pauschalbesteuerten ist indessen weit grösser: sie bezahlen mehrere zweistellige Millionenbeträge an die AVH, CHF 200 Mio. Mehrwertsteuer, beziehen Dienstleistungen und Waren oder tätigen Investitionen in der Höhe von CHF 3 Mia. und unterstützen - nicht zuletzt in erheblichem Ausmass in Graubünden - verschiedene kulturelle, soziale und ! karitative Organisationen, gesamtschweizerisch mit CHF 470 Mio. 22'000 Arbeitsstellen in der Schweiz sind direkt oder indirekt mit der Anwesenheit pauschalbesteuerter Personen verbunden. Pauschalbesteuerte Personen sind äusserst mobil und nicht durch eine Erwerbstätigkeit an die Schweiz gebunden. Ein grosser Teil der von diesen Personen generierten Steuereinnahmen und vor allem die Wertschöpfung würde entfallen. Auch wenn nur ein Teil der Pauschalbesteuerten wegzöge, der wirtschaftliche Schaden wäre immens. Dabei müsste der Steuerausfall vom Mittelstand und den KMU getragen werden, da die juristischen Personen angesichts der laufenden Unternehmenssteuerreform III keinesfalls mit höheren Steuern belastet werden dürfen.

#### 5. Gesetz über die Gebietsreform im Kanton Graubünden (Mantelgesetz über die Gebietsreform): JA

Der Kanton Graubünden ist anerkanntermassen überstrukturiert. Die staatlichen Aufgaben werden derzeit vom Kanton, 11 Bezirken, 14 Regionalverbänden, 39 Kreisen, 125 Gemeinden (ab 2015) und rund 400 Gemeindeverbindungen erfüllt. Diese Struktur ist schwerfällig, ineffizient, hemmt die wirtschaftliche Entwicklung, erschwert zukunftsgerichtetes politisches Planen und Handeln und stellt die Zukunftsfähigkeit vieler Bündner Regionen in Frage. Durch die Vorlage sollen die Strukturen massiv vereinfacht und die Regionen als einfache, schlanke und somit bürgernahe mittlere Ebene zwischen den Gemeinden und dem Kanton ausgestaltet werden. Die künftige Organisationsform setzt auf das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz (wer bezahlt, soll bestimmen), wodurch der Einfluss der Gemeinden, für welche die Regionen die Aufgaben wahrnehmen, gestärkt wird. Damit wird ein wesentliches Ziel der von den Dachorganisationen der! Wirtschaft mitlancierten, zwischenzeitlich zurückgezogenen Gebietsreform-Initiative „starke Gemeinden – starker Kanton“ erfüllt. Zudem wird auch die Grundlage geschaffen, um die mit der Initiative geforderte Reduktion der Anzahl Gemeinden auf „nicht wesentlich über 50“ anzugehen. Aus Sicht der Wirtschaft wäre zwar ein geringere Anzahl Regionen und eine weitestgehende Kongruenz derselben mit den funktionalen resp. Wirtschaftsräumen wünschbar gewesen. Die jetzige Vorlage ist aber zumindest ein Kompromiss des „kleinstmöglichen Nenners“ und damit unabdingliche Grundlage für weitere Anpassungen im Sinne der mit der Initiative anvisierten Gebietsreform. Deshalb empfiehlt die Handelskammer vorbehaltlos die Annahme die Gebietsreform im Kanton Graubünden.

## 6. Empfehlung für die Entschädigung von Lernenden

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer hat ein Merkblatt mit Empfehlungen für die Entschädigung von Lernenden herausgegeben. Sie finden dieses nachstehend zum Download.

[Personalwesen: Empfehlung für die Entschädigung von Lernenden](#)

## 6. Centre Patronal

Das Centre Patronal hat folgende Merkblätter herausgegeben:

- Arbeitsrecht: Vergleichsvereinbarung
- Arbeitsrecht: Gleitende Arbeitszeit und Überstunden

Diese Mitteilungsblätter erscheinen monatlich und können direkt beim Centre Patronal bestellt werden ([www.centrepatronal.ch](http://www.centrepatronal.ch)).

## EXPORT / EU

### 7. Freihandelsabkommen mit China - neue Applikation für "Ermächtigte Ausführer"

Für "Ermächtigte Ausführer" (EA) hat die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) gemeinsam mit dem BIT eine Webapplikation für die elektronische Übermittlung der Ursprungsnachweise (EACN) im Rahmen des Freihandelsabkommens eingerichtet. Als EA werden Unternehmen bezeichnet, die vom Zoll eine Bewilligung zur Ausstellung von präferenziellen Ursprungserklärungen ohne Wertlimite erhalten haben.

Für die Nutzung dieser Applikation registrieren Sie sich bitte [hier](#).

### 8. Freihandelsabkommen - Sprungbrett für Schweizer Ursprungsware

Freihandelsabkommen stellen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Handelsbeziehungen mit wirtschaftlich bedeutenden Partnern dar. Das enorme Einsparpotenzial der "FTA" wird heute von den KMU nur teilweise ausgeschöpft.

S-GE Impulse: FTA zeigt konkret auf, welche Vorteile aus der aktiven Nutzung der FTA entstehen, aber auch welche Gefahren und Konsequenzen aus der falschen Nutzung resultieren.

Der Fokus der Themen liegt auf der Region GCC, bei welcher das Freihandelsabkommen am 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist. Daneben soll die Region Mittelamerika mit Costa Rica und Panama als weitere FTA-Region eingebunden werden (Inkrafttreten 29.08.14).

Diese Veranstaltung findet statt am 12. November 2014 im Zentrum Paul-Klee, Monument im Fruchtländli 3, 3000 Bern. Weitere Informationen sowie die Online-Anmeldung finden Sie [hier](#).

## DIVERSES

### 9. Erbschaftssteuerinitiative bedroht Nachfolge in Unternehmen

Die Erbschaftssteuerinitiative verlangt, dass der Bund eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer von 20 Prozent auf dem Nachlasse erhebt. Die Kantone sollen die neue Steuer nur noch verlangen und einziehen. Zwei Drittel der Gesamterträge aus der neuen Bundeserbschaftssteuer im Umfang von geschätzten CHF 3 Mia. sollen der AHV zu Gute kommen, ein Drittel sollen die Kantone erhalten. Die Steuer soll rückwirkend eingeführt werden. Die Annahme der Erbschaftssteuerinitiative hätte gravierende Folgen für die Firmenlandschaft der Schweiz. Deshalb will eine neu konstituierte Unternehmergruppe gemeinsam mit den Wirtschafts- und Gewerbeverbänden über die schädlichen Nebenwirkungen dieser neuen Besteuerung informieren und sich dagegen einsetzen. Interessierte Mitglieder können sich direkt über die Website der Unternehmergruppe für eine Mitgliedschaft anmelden: [www.nein-zur-bundeserbschaftssteuer.ch](http://www.nein-zur-bundeserbschaftssteuer.ch).

10. Gedanken zur Ecopop-Initiative für die Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In der Beilage erhalten Sie den Entwurf für einen Aushang am "schwarzen Brett" Ihres Unternehmens zur Ecopop-Initiative zur freien Verwendung.

[Download "Gedanken zur Ecopop-Initiative"](#)

#### 11. FIUTSCHER - Berufsausstellung des Bündner Gewerbeverbandes

Die grosse Bündner Berufsausstellung für Aus- und Weiterbildung steht vor der Türe. Rund 80 Ausstellende zeigen erneut über 300 berufliche Grund- und Weiterbildungen. Der organisierende BGV freut sich, zum dritten Mal den Lead dieser Ausstellung zu übernehmen und heisst Sie herzlich willkommen, vom 5. bis 9. November die Ausstellung in der Stadthalle in Chur zu besuchen. Worum es geht? Sehen Sie selbst im kurzen [Video](#).

#### 12. Jungunternehmerforum - Gründerseminar / Referate und Start-up Battle

Das Jungunternehmerforum - Plattform für weibliche und männliche Gründer, Jungunternehmer, KMU-Nachfolger und junge Führungspersönlichkeiten findet statt am 28. Oktober 2014 in Chur. Mehr dazu finden Sie [hier](#).

Freundliche Grüsse

Dr. iur. Marco Ettisberger  
Sekretär